Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3294. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Annoncenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion z. adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 12. [50. Jahrgang.] Sonnabend den 14. Januar 1911. [50. Jahrgang.] Nr. 12.

Berlin, den 13. Januar.

Politischer Tagesbericht.

Ein Teil der Presse beschäftigt sich mit einem Artikel des Neuen Jahrhunderts" über angebliche Einwirkung des Reichskanzlers in Rom bei den Verhandlungen des Kardinals Fischer und der Abgeordneten Spahn und Pieper mit der Kurie über die Gewerkschaften in Deutschland. Soweit er die Haltung des Reichskanzlers und des preußischen Gesandten beim Vatikan betrifft, entbehrt der Artikel jeglicher Grundlage.

Frankreichs auswärtige Politik vor der Kammer.

Paris, 12. Januar. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer, der in der Diplomatenloge die meisten Botschafter, darunter auch Freiherr v. Schoen, beiwohnten, wurde das Budget des Ministeriums des Auswärtigen beraten.

In der Generaldiskussion wies Deschanel als Berichterstatter auf die Notwendigkeit hin, daß Frankreich seine Bündnisse und Ententen verstärke, und Ueberraschungen vorzubeugen und die Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden, die noch schwer auf Europa laste. Anderseits müsse Frankreich seine Land- und Seestreitkräfte weiter ausbauen, um sich die Rolle zu sichern, auf die fünfzehn Jahrhunderte der Arbeit, der Tapferkeit und des Ruhmes ihm ein Anrecht gäben. (Beifall.)

Abel Ferry sprach sein Bedauern aus, daß Frankreich sich die Instruktion der türkischen Truppen habe entgehen lassen. Redner äußerte die Befürchtung, daß man unrecht gehabt habe, auf die türkische Anleihe zu verzichten wegen einer Frage des Rechnungswesens. Im Interesse der Türkei liege es, sich mit Frankreich zu verständigen.

Lucien Hubert führte aus: Die Kaiserbegegnung in Potsdam ist ein Zeichen dafür, daß Deutschland die Führung des Dreibundes, der sich seit 1904 zu lockern schien, wieder aufgenommen hat, indem es Oesterreich zeigte, wie dessen Haltung auf dem Balkan sein müsse, während die italienischen Blätter die Gefühlspolitik in charakteristischen Ausdrücken mißbilligten. Der Schluß aus diesen Feststellungen ist der, daß die Tripleententente auf diese Aenderungen achten und wissen muß, was sie zu tun hat. Die Tripleententente ist ein wenig beeinträchtigt. Der Tod König Eduards VII. hat ihr einen fatalen Schlag versetzt. (Widerspruch Pichons und zahlreicher Deputierter.) Der Ausdruck „fatal" ist zu stark; ich will sagen, der Tod König Eduards wird schwerwiegende Folgen haben, die wir bald verspüren werden. In Bezug auf die türkische Anleihe sagte Hubert: Die französische Regierung hat einen Zwiespalt zwischen finanziellen Gründen die türkische Anleihe abgelehnt. Aber wenn auch die Finanzen der Türkei in schlechten Zustande sind, so mußten uns anderseits die Erklärungen Hakki Paschas, die Türkei müsse eine Politik der absoluten Gleichheit in ihren Beziehungen zu allen Mächten befolgen, vom politischen Gesichtspunkt aus beruhigen.

Denys Cochin führte aus, der Tod König Eduards habe große Bedeutung gehabt, denn der verstorbene König sei ein Freund Frankreichs und des Friedens gewesen. Er beklagte sodann, daß die Schutzmächte dem Kreta stillschweigend gegebenen Versprechen der Vereinigung mit Griechenland nicht entsprechend nachgekommen seien, und verlas eine Depesche des Leiters der kretischen Regierung, worin gebeten wird, dem Appell der Kreter Gehör zu verschaffen. In der bosnischen Frage habe Frankreich Serbien vielleicht nicht kräftig genug unterstützt, während der Deutsche Kaiser in etwas theatralischer Weise von der schimmernden Wehr gesprochen habe. Redner gab sodann der Hoffnung Ausdruck, daß trotz der zwischen Kaiser Wilhelm und dem russischen Kaiser gewechselten Worte der Potsdamer Besuch nur eine Waisertour ohne weitere Folgen bedeuten werde. In Bezug auf den Eisenbahnbau im Orient erklärte Denys Cochin, falls die Türkei Anleihen abschließen wolle, müsse die Regierung Garantien fordern. Zum Schluß forderte der Redner eine weitere Kräftigung der Allianz mit Rußland.

Hierauf nahm Minister Pichon zu längeren Ausführungen das Wort. Er erklärte:

Wir brauchen weder aus einer der Kundgebungen in ausländischen Parlamenten oder in der Presse noch aus einer der Monarchen- oder Ministerbegegnungen unangenehme Folgerungen für unsere Politik oder für das System unserer Bündnisse oder Freundschaften zu ziehen.

Der Minister erörterte dann zunächst Frankreichs Marokko-Politik und sagte: Wir haben im Laufe des letzten Jahres das Ergebnis unserer Marokko-Politik geerntet, ohne der Gleichheit der Behandlung der Mächte Eintrag zu tun. Wir haben Freischulen in mehreren Städten und ein Hospital in Tanger geschaffen. Unser Zusammenarbeiten mit dem Machzen schützt uns gegen einen Ausbruch des Fanatismus. Unsere Abkommen mit Spanien sind in loyaler Weise ausgeführt worden und sind eine Bürgschaft des Friedens. Indem Frankreich und Spanien in friedlichem und zivilisatorischem Geiste ihre Rechte ausüben, sichern sie gegenseitig ihre Stellung in Marokko und bereiten Resultate vor, die bei keiner anderen Macht Mißtrauen erregen können.

Bezüglich der marokkanischen Bergwerke erklärte Pichon: Ein von einer technischen Kommission vorbereitetes Bergwerkreglement ist augenblicklich dem diplomatischen Korps in Tanger unterbreitet. Es ist in einer Weise abgefaßt, die geeignet ist, die Gleichheit der Behandlung der Staatsangehörigen aller Mächte zu sichern. Es sieht im Falle andauernder Streitigkeiten zwischen Personen, die um eine Scharfersuchuns nachsuchen, eine Verhandlung vor dem Friedensrichter in Toulouse vor, bei sich diese Streitigkeiten auszutrechen hat, wenn die Bemühungen, eine Versöhnung herbeizuführen, die wir in jedem nur möglichen Maße zu begünstigen entschlossen sind, nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

Bezüglich der Agadir-Angelegenheit erklärte der Minister: Unter den Pflichten, die uns wie Spanien obliegen, befindet sich die Unterdrückung des Waffenschmuggels in den Küstengewässern von Marokko. Dies ist ein Mandat, welches uns anvertraut und von den Mächten vom Jahr zu Jahr erneuert worden ist. Unser Kreuzer Du Chayla hat bisenigen Küsten besucht, wo sich dem Schmuggel besondere Möglichkeiten des Eindringens bieten, und so ist der Kreuzer auch in die Nähe des Hafens von Agadir gelangt. Der Kommandant hat diese Gelegenheit benutzt, um an Land zu gehen. Er wurde von den Ortsbehörden zuvorkommend empfangen und hat mit ihnen Höflichkeiten ausgetauscht. Aus diesem Anlaß hat man sich in gewissen deutschen Preßorganen gefragt, ob wir vielleicht zufällig den Gedanken gehabt hätten, heimlich (subreptiocment) zu unserem Vorteil einen der geschlossenen Häfen Marokkos zu öffnen. Während mehrerer Tage war von etwas die Rede, was man den Zwischenfall von Agadir nannte. Um dieses bedauerliche Mißverständnis zu vermeiden, hätte man sich nur der Verhandlungen zu erinnern brauchen, welche wir mit allen Mächten, darunter auch Deutschland, bezüglich der Unterdrückung des Schmuggels geführt hatten. Wie dem auch sei, es hat niemals einen Agadir-Zwischenfall gegeben, und die deutsche Regierung hat das in loyaler Weise anerkannt.

Ueber die Politik Frankreichs in Marokko sagte Pichon dann weiter: Wir haben keineswegs die Absicht, bei der Fortsetzung unserer marokkanischen Politik die Rechte zu überschreiten, welche wir auf Grund der Konventionen und Verträge inne haben. Wir haben es in der Vergangenheit nicht getan und werden es in der Zukunft nicht tun. Welches Land es auch sei, mit dem wir Vereinbarungen verbinden, sei es Marokko, England, Spanien, Deutschland oder Italien, wir werden diese Vereinbarungen mit der vollsten Aufrichtigkeit innehalten. Sie garantieren allen Mächten dieselbe wirtschaftliche Behandlung und sichern uns vom politischen Standpunkt aus genügende Handlungsfreiheit, um allen unseren Prärogativen und allen unseren Rechten Achtung zu verschaffen — das anhaltende Stärkerwerden unserer Stellung in Marokko ist ein Beweis dafür — und sie weiterhin zu entwickeln, ohne jeden Versuch, über den Wortlaut oder über den Geist der Verträge hinauszugehen. (Beifall.) Sehr zu Unrecht hat man dabei in gewissen Organen der ausländischen Presse von einer kriegerischen Politik unserseits gesprochen. Nein! Es hat niemals eine kriegerische Politik Frankreichs in Marokko gegeben. Wir haben hierüber häufig Diskussionen gehabt. Ich habe immer gesagt und, wie ich glaube, bewiesen, daß wir gegenüber Marokko und seinem Herrscher nur die hochherzigsten und friedlichsten Absichten gehabt haben.

Pichon wandte sich dann zu den Fragen der allgemeinen Politik und führte aus:

Mit Italien sind wir in einer Regierung bestehen Einverständnisse und Vereinbarungen, welche auf der gegenseitigen Anerkennung der Interessen und Rechte beider Länder beruhen, und welche, ohne die Verträge zu berühren, die beide Teile mit anderen Mächten abschließen konnten, jeder der beiden Mächte gestatten, bei der anderen auf den gleichen Willen zu rechnen, friedlich zu bleiben, und auf die Absicht, im freundschaftlichen Sinne alle zwischen den beiden Regierungen möglicherweise auftauchenden Fragen zu regeln, indem sie sich dabei von traditionellen und geschichtlich geheiligten Sympathieen leiten lassen. Diese Freundschaft ist durch keine Wolke getrübt worden, keine Aenderung weder im Prinzip noch in den Tatsachen ist in dieser Entente vorgekommen, die wir so glücklich geschaffen haben, und die seit sechs Jahren so häufig Gegenbeleit gehabt hat, in Erscheinung zu treten. Im Gegenteil, die Umstände haben sogar beiden Regierungen gestattet, in gewissen Kreisen der Welt ihrem Vorgehen und ihrem Eintreten einen identischen Charakter zu geben.

Was die Türkei angeht, so hat die ottomanische Regierung ihrerseits laut erklärt, daß die französisch-türkischen Beziehungen jetzt nicht minder freundlich sind, als vor den Verhandlungen für die letzte Anleihe. Die Kreter, so führte der Minister aus, hätten selbst durch Unklugheiten und Ungeschicklichkeiten die Schutzmächte, welche die Aufrechterhaltung des Status quo nach der Zurückziehung ihrer Truppen versprochen hätten, gezwungen, ihnen Weisungen zu geben.

Pichon ging dann über zu den Beziehungen zwischen Frankreich und England und erklärte: Unsere Entente mit England war niemals enger, niemals vollständiger als heute, es gibt keine Frage, welche die Politik oder die Interessen der beiden Regierungen angeht, über die sie sich nicht besprechen und ins Einvernehmen setzen zum Zweck eines gemeinsamen Vorgehens oder Einhaltung, und ich kenne kein Beispiel, wo der eine oder der andere Teil einer Meinungsverschiedenheit hätte nachgeben oder eine andere Bahn einschlagen müssen, als die, in welche die friedliche Solidarität ihrer Absichten naturgemäß führen mußte. Die beiden Länder, deren Beziehungen immer vertraulicher und enger werden, lassen ihre Entente nur dazu dienen, in allen Schwierigkeiten friedliche Lösungen herbeizuführen.

Ueber Oesterreich-Ungarn erklärte Pichon: Oesterreich-Ungarn ist, was die äußere Politik anbelangt, ein Element der Beharrung, des Gleichgewichts und der Stabilität. Seine Interessen stehen nicht im Gegensatz zu den unseren. Es bildet wie Italien einen Teil eines anderen Bundessystems als das, zu dem wir gehören, aber es gibt keinen Gegenstand des Zwistes zwischen ihm und uns, und wir haben keinen Grund, Oesterreich-Ungarns Gegner zu sein. Wir würden es vielleicht sein, wenn wir eine kriegerische Politik verfolgten. Aber da wir den Frieden wollen, und folgerichtig das Gleichgewicht der europäischen Kräfte, müssen wir gegenüber der österreichisch-ungarischen Regierung eine Politik friedlicher Verständigung befolgen. Diese Politik bleibt aber immer dem Verbalten untergeordnet, das uns unsere Bündnisse oder Freundschaften auferlegen.

Bezüglich Bosniens führt der Minister fort, in der Angelegenheit Bosniens und der Herzegowina geschehen? Haben wir uns von Rußland und England getrennt? Keinen Augenblick! Im Gegenteil, wir haben nicht aufgehört, uns zu besprechen, zu verständigen und in Uebereinstimmung vorzugehen. Pichon gab dann einen geschichtlichen Ueberblick über den Zwiespalt zwischen Bosnien und der Herzegowina und führt fort: Bei heiterem Himmel ist es kein Verdienst, Bündnistreue zu beweisen, und läßt sich auch die Festigkeit der Bündnisse nicht richtig würdigen, sondern wenn der Himmel sich verdunkelt, wenn Wolken aufsteigen, und wenn die Lage kritisch wird. Nun, es ist mir sehr wohl aufgefallen, daß wir vor einer kritischen Lage gegenüberstanden, konnte da Rußland daran zweifeln, daß es völlig auf das Bündnis mit uns zählen durfte? Aber Rußland hat ebensowenig wie wir oder England daran gedacht, daß man es auf einen Konflikt ankommen lassen müsse. Wir haben damals durch unsere gemeinsame und brüsche Entente die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa gesichert.

Ueber die Beziehungen zu Rußland bemerkte der Minister: Man würde völlig ins Gebiet der Legende geraten, wenn man auch nur einen Augenblick glauben wollte, daß in irgendwem Punkte etwas vorgekommen sei, wodurch der Charakter und die Ziele unseres Bündnisses mit der russischen Regierung und dem russischen Volke geändert werden könnten. Das Bündnis ist so lebendig und jugendfrisch wie je. Nichts hat sich geändert, weder in seiner Richtung noch in seinem Gegenstand. Es hat nie den Gedanken eines Angriffs auf irgendjemand in sich geschlossen, sondern es hat lediglich den Zweck, den beiden Ländern, die es abgeschlossen haben, die Kraft zu verleihen, ihre Interessen und ihre Rechte gegen jede Bedrohung zu schützen und an dem Friedenswerke mitzuarbeiten, das allen Völkern am Herzen liegt. Es steigert für Frankreich wie für Rußland die Macht und das Ansehen, die ihnen die Ententen und Freundschaften verleihen, die ihnen Raum gestatten, gemeinsam und umfassender und wirksamer vorzugehen, was aber immer nur im Interesse des Friedens geschieht. Man muß genau beachten, was aus den Erklärungen selbst hervorgeht, deren Text hier und da als Grundlage der Behauptung oder Vermutung hat dienen müssen, daß etwas Neues geschehen sei, was das allgemeine System der europäischen Bündnisse und Ententen beeinflussen könnte.

Die Anzeichen dafür, daß man in der letzten Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg im Reichstage finden wollen, sind nicht vorhanden. Der aufmerksamen Lektüre dieser wichtigen Rede geschienen, fuhr der Minister fort, daß Herr v. Bethmann Hollweg bei seiner Besprechung der Potsdamer Begegnungen sorgfältig bemüht gewesen ist, die öffentliche Meinung vor denjenigen zu warnen, die sich hätten verleiten lassen können, sich eine falsche Vorstellung von ihrem Charakter zu machen. Er hat wörtlich gesagt: Als Resultat der Entrevue möchte ich bezeichnen, daß von neuem festgestellt wurde, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnte. Worin ist diese Versicherung den Empfindungen entgegengesetzt, die uns beseelen, und dem Gedanken, der das französisch-russische Bündnis eingegeben hat? Hegen wir gegen irgendjemand, wer es auch sein mag, Angriffsgedanken? Ist nicht gerade das Gegenteil der Fall? Ist es nicht unsere aufrichtige und beharrliche Absicht, durch unsere diplomatischen Verständigungen und insbesondere durch unser Bündnis mit Rußland neue und festere Garantieen für den allgemeinen Frieden zu geben? Haben wir das nicht zu allen Zeiten erklärt? Pichon erinnerte sodann an die Worte des Reichskanzlers über das Interesse Deutschlands und Rußlands an der Aufrechterhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel und fuhr fort: Der Status quo im Orient ist laut die Grundlage der französischen Politik im Orient. Die Aufrechterhaltung des Status quo ist ein ständiges Ziel und ein traditioneller Grundsatz unserer Diplomatie. Die Verkündung des Entschlusses seitens der deutschen Regierung, zu keiner Politik die Hand zu bieten, die auf einen Bruch dieses Status quo hinzielen würde, ist ein Akt, dem wir nur Beifall zollen können, und zu dem sich alle Anhänger des Friedens beglückwünschen müssen. (Beifall.)

Wie sollen wir es jetzt bedauern, daß im Verlauf der Unterredungen, von denen Herr v. Bethmann Hollweg gesprochen hat, die Kreise Deutschlands und Rußlands sich über ihre Interessen in Persien und über die Erleichterungen ausgesprochen haben, die sie einander zur Entwicklung ihres Handels und zur Schaffung neuer Verkehrswege in diesem Lande gewähren wollen, die ihnen neue Absatzmöglichkeiten bieten sollen. Wir können es um so weniger, als damit ein weiterer Grund möglicher Mißverständnisse und Schwierigkeiten verschwindet, und als die Punkte, über welche die Regierungen ihre Ansichten ausgetauscht haben, und mit aufregen können. Wir können das mit aller Sicherheit sagen, da wir über den Hergang genau informiert sind. Wie können wir bedauern, daß Rußland, welches mit England über die persischen Angelegenheiten bereits ein Abkommen getroffen hat, sich auch mit Deutschland über diesen Gegenstand verständigt, da wir ja selbst unter nicht unähnlichen Umständen mit Bezug auf Marokko dasselbe getan haben und es vielleicht morgen über andere Punkte wieder tun könnten, wenn unsere gegenseitigen, internationalen Beziehungen oder unsere Bedürfnisse uns dahin führen würden? Der Vergleich zwischen unserem Marokko-Abkommen mit Deutschland und zwischen den deutsch-russischen Unterhandlungen über Persien und die türkisch persischen Eisenbahnen liegt nahe. Die Grundsätze, nach denen Rußland gehandelt hat, sind dieselben, von denen wir bewegt waren, und die Empfindungen, mit denen wir im gegebenen Augenblick das Ergebnis der Unterhandlungen, die zwischen den beiden Mächten gepflogen werden, aufnehmen werden, dürfen nicht von denen verschieden sein, mit welchen die russische Regierung das Ergebnis der französisch-deutschen Unterhandlungen im Jahre 1909 aufgenommen hat.

Auf eine Frage Jaurès', ob Rußland den Minister habe wissen lassen, daß in Potsdam von der Bagdadbahn die Rede sein werde, sagte der Minister: Was wir wissen, und was ich berechtigt bin zu sagen, ist, daß in den ersten Worten, die in Potsdam ausgetauscht wurden, festgestellt wurden ist, daß die Bündnistreue die Grundlage der russischen und der deutschen Politik bleibe. Diese doppelte Bekräftigung hat die Tragweite der folgenden Unterredungen in der genauesten Weise begrenzt. Es handelte sich darum, dem mehr wirtschaftlichen als politischen Wettbewerb ein Ende zu machen, dessen Wiederung dem Frieden Europas nur nützen kann. Nach wie vor machen Frankreich und Rußland ihr Bündnis zu einer der bleibenden und unveränderlichen Grundlagen ihrer Politik, und das Bündnis bewahrt seinen Charakter, den es bisher niemals aufgegeben hat. (Beifall.) Das es übrigens nicht zur Garantie den Willen der französischen Volkes und der Regierung der Republik sowie den Willen eines Volkes und eines Herrschers, welcher der würdige Erbe dessen ist, dem wir die unvergeßliche Kundgebung von Kronstadt verdanken, und der uns seit Beginn seiner Regierung mit Zeichen der Sympathie und Freundschaft überschüttet hat? (Beifall.)

Pichon schloß mit einem Protest gegen die Behauptung, daß Frankreich isoliert dastehen würde. Isoliert? wiederholte er, eine Macht, die mit Rußland verbündet und mit England geeint ist, die sich in Freundschaft und Uebereinstimmung befindet mit Italien, Spanien und Japan, auch in Uebereinstimmung in Bezug auf die Garantieen für den fernen Osten! Isoliert eine Nation, deren Stimme so schwer wiegt im Rate Europas, die einen solchen Anteil an der Erhaltung des Friedens hat? Das ist eine Isolierung, die die Kammer zu würdigen wissen wird; was mich anbelangt, so kann ich nur wünschen, daß sie fortbesteht. Wenn die politische Lage Frankreichs befriedigend ist, so soll das aber nicht heißen, daß man eine Art diplomatischen Unätätigkeit beobachten dürfe. Man darf aber Tätigkeit nicht mit Agitation verwechseln. Anderseits aber muß diese Tätigkeit sich auf die internationale öffentliche Meinung stützen können, ohne deren Billigung heute kein Krieg stattfinden könnte, ebenso auf eine starke Armee und Flotte. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Die Diskussion wird morgen fortgesetzt werden.

Rundschau im Auslande.

Beglückwünschung des ungarischen Finanzministers.

Budapest, 13. Januar. In der Sitzung des Finanzausschusses erklärte der Obmann Ludwig Lang, der glänzende Erfolg der Subskription auf dem deutschen Markt habe ihm Veranlassung, seine Freude über diesen Erfolg, welcher ohne Parteiunterschied anzuerkennen sei, auszudrücken und den Finanzminister, dessen Verdienste um Herbeiführung dieses Erfolges unbestreitbar seien, zu beglückwünschen. Finanzminister Lukacs erwiderte, er betrachte das Resultat als eine geradezu demonstrative Kundgebung des Vertrauens in den ungarischen Staatskredit. Das Resultat der Subskription sei um so höher zu veranschlagen, als die Hälfte der Zeichnungen Sperrstücke betrüfen.

Das Programm des neuen rumänischen Kabinetts.

Bukarest, 12. Januar. Der Ministerpräsident hat heute vor dem Exekutivkomitee der konservativen Partei sein Programm entwickelt. Danach beabsichtigt die Regierung, Unfall-, Kranken- und Altersversicherungsgesetze zu Gunsten der Handwerker und Arbeiter zu schaffen, die Steuern auf Landgüter unter 6 Hektar aufzuheben, Zölle und Eisenbahntarife herabzusetzen, die Armee zu verstärken sowie Verwaltungsreformen einzuführen.

Kundgebung der ausständigen belgischen Bergarbeiter.

Lüttich, 12. Januar. Heute mittag fand hier eine große Kundgebung von etwa 40 000 ausständigen Bergarbeitern statt, die mit Frauen und Kindern aus den Ortschaften des Kohlenreviers herbeigeströmt waren und sich vor dem Volkshause versammelten, wo einige Deputierte Ansprachen hielten. Die Kundgebung ist friedlich verlaufen.

Zur Lage in Portugal.

Lissabon, 12. Januar. Die Stadt hat den gewöhnlichen Anblick wieder angenommen; die Läden sind sämtlich geöffnet. Der Minister des Innern Almeida hat sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen. Er wird das Gesetz über die Ruhegehälter in veränderter Form wieder vorlegen, das bis zur konstituierenden Versammlung in Kraft sein wird.

Die Streikbewegung scheint sich nicht weiter auszubreiten. Einzig die Eisenbahner befinden sich noch im Ausstand. Ueber Gewalttätigkeiten wird nichts gemeldet. Man hofft, schon heute eine Beilegung des Konfliktes herbeizuführen.

Lissabon, 13. Januar. Der Minister des Innern Almeida hatte eine Besprechung mit einer Abordnung der ausständigen Eisenbahner und mit Vertretern der Eisenbahngesellschaft, um Mittel ausfindig zu machen, die den Dienst, insbesondere den internationalen Dienst, sichern. — Die Metallfabriken werden militärisch überwacht. Es herrscht vollkommene Ruhe.

* Madrid, 13. Januar. Nach einer beim Minister des Innern eingegangenen Depesche des Gouverneurs von Badajoz, hat ein aus der portugiesischen Grenzfestung Elvas gekommener Reisender erzählt, daß gestern dort Soldaten und Arbeiter laute Kundgebungen veranstalteten, Aufbesserung ihrer Bezüge verlangt und ihre Forderungen nach Lissabon telegraphiert hätten.

Das Ergebnis der Wahlen zum finnischen Landtag.

Helsingfors, 12. Januar. In den finnischen Landtag sind gewählt: 87 Sozialdemokraten, 42 Altfinnen, 28 Jungfinnen, 26 Schweden, 16 Agrarier, 1 Vertreter der christlichen Arbeiterpartei. Das Stärkeverhältnis der Parteien ist dasselbe wie nach den vorhergehenden Wahlen, nur haben die Sozialdemokraten einen Sitz auf Kosten der Agrarier gewonnen.

Die Befestigung des Panamakanals.

Washington, 12. Januar. Präsident Taft hat dem Kongreß eine Sonderbotschaft zugehen lassen, in der er die Befestigung des Panamakanals als dringend notwendig bezeichnet und für die ersten Arbeiten hierzu die Bewilligung von 5 Mill. Dollar noch in dieser Session fordert. Er führt in der Botschaft aus, der Besitz und die Kontrolle des Kanals würden zum Frieden, zur Sicherheit und zur Wohlfahrt der Vereinigten Staaten beitragen. Der Kanal biete die einzige bequeme Wasserstraße, die die atlantische und die pazifische Küste Amerikas verbinde, und werde deshalb tatsächlich ein Teil der amerikanischen Küste. Es sei daher nach seinem Urteil das Recht und die Pflicht Amerikas, diesen Kanal, der zu der Wohlfahrt Amerikas in so vitalen Beziehungen stehe, zu befestigen.

Washington, 12. Januar. Ein der Botschaft des Präsidenten Taft beigegebener Bericht des Befestigungsausschusses vermindert die ursprüngliche Schätzung der Gesamtkosten der Befestigung des Panamakanals von 19½ auf 12½ Millionen und bezeichnet dies als eine Folge der Vereinfachung des Befestigungsplanes. Der Bericht empfiehlt, daß die Befestigungswerke von Panama 8 riesenhöllige und 12 sechszöllige Geschütze, sowie 24 zwölfzöllige Mörser aufweisen sollen. Die Garnison soll in Friedenszeiten 12 Kompagnieen Küstenartillerie, 4 Regimenter Infanterie, 1 Bataillon Feldartillerie und eine Schwadron Kavallerie zählen.

Die nationale Zolltarifvereinigung zu Washington

hat am 12. d. M. ihre Beratungen beendet und einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Schaffung einer ständigen Tarifkommission vom Kongreß gefordert wird unter gleichzeitiger Beifügung einer Anzahl von Revisionsvorschlägen. Die Delegierten waren später im Weißen Haus zu Gast, wo Präsident Taft eine Ansprache hielt.

Die antijapanischen Gesetzvorlagen in Kalifornien.

San Francisco, 12. Januar. Der hiesige japanische Generalkonsul hat in einem Schreiben an den Staatssenator Wright gegen die dem kalifornischen Parlament vorliegenden antijapanischen Gesetzvorlagen protestiert mit der Begründung, daß die Annahme dieser Vorlagen die Verhandlungen über einen japanisch-amerikanischen Vertrag ungünstig beeinflussen würde.

England und Japan.

London, 12. Januar. Wie das Reuterische Bureau erfährt, nehmen die Zolltarifverhandlungen zwischen England und Japan einen befriedigenden Verlauf und werden wahrscheinlich zum Abschluß eines Handelsvertrages führen, in welchem Japan gewisse Tarifabänderungen für Konzessionen von englischer Seite einführen wird.

Emilio Estrada Präsident von Ecuador.

Quito, 12. Januar. Emilio Estrada ist zum Präsidenten der Republik Ecuador gewählt worden und wird sein Amt am 1. September d. Js. antreten.

Das neue chilenische Kabinett.

Santiago (Chile), 12. Januar. Heute ist folgendes neue Kabinett gebildet worden: Rafael Orrego Inneres, Enrique Rodriguez Auswärtiges, Anibal Letelier Justiz und Unterricht, Roberto Sanchez Finanzen, Ramon Leon Luco Krieg und Marine, Javier Gandarillas Oeffentliche Arbeiten.

Kleinere politische Nachrichten.

Der französische Senat hat am Donnerstag mit 228 von 247 Stimmen Dubost wieder zum Präsidenten gewählt. — Der France militaire zufolge dürfte das Budget des französischen Kolonialministeriums für 1911 die Errichtung von drei Regimentern Kongoschützen vorsehen, von denen 2400 Mann für das Tschadsegebiet bestimmt sind. — Das Reuterische Bureau ist amtlich davon in Kenntnis gesetzt worden, daß nichts Wahres an der in Paris veröffentlichten und dem türkischen Botschafter zugeschriebenen Erklärung ist, wonach dem Botschafter im britischen Auswärtigen Amte mitgeteilt worden sei, daß die türkische Politik hinsichtlich Persiens eine Drohung für England bedeute. — Aus Bombay, 12. d. M., wird gemeldet: Aus Anlaß der Muharremfeier kam es heute zwischen mohammedanischen Sekten zu Zusammenstößen. Polizeibeamte wurden mit Steinen beworfen, Straßenbahnwagen aufgehalten und die Insassen mißhandelt. Schließlich mußten Truppen eingreifen, die Feuer gaben, wobei 11 Rubestörer getötet und 14 verwundet wurden. Die Ruhe ist wiederhergestellt. — Aus Comstock (Texas) wird unter dem 12. d. M. berichtet: Bei einem heftigen Scharmützel zwischen mexikanischen Bundestruppen und einem kleinen Trupp Aufrührer, das sich gestern auf dem anderen Ufer des Rio Grande entspann, sind über 20 Mann gefallen.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser wohnte der gestrigen Vorstellung im Königlichen Schauspielhause bei. Gegeben wurde Der Kaufmann von Venedig. Im Verlauf der Aufführung erschien auch Ihre Majestät die Kaiserin, Allerhöchstwelche vorher dem Vortrage des Leutnants Shackleton bei Kroll beigewohnt hatte.

Heute vormittag haben sich Ihre Kaiserlichen Majestäten von hier nach dem Neuen Palais zurückbegeben.

* Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz wohnte gestern, wie aus Peschawar gemeldet wird, sehr interessanten Manövern der englischen Grenztruppen bei, die den Eingang des Khaibarpasses gegen aus den Bergen eindringende Feinde verteidigten. Am Abend kehrte der Kronprinz von seinem Ausflug nach dem Khaibarpaß nach Peschawar zurück.

* Der Dampfer Mayflower mit Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Kronprinzessin an Bord verließ heute bei Tagesanbruch Luxor. Heute findet ein Besuch des Tempels von Denderah statt, morgen die Besichtigung des Tempels von Abydos. An Bord ist Alles wohl.

* Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg ist gestern nachmittag 2 Uhr 50 Min., von Altenburg kommend, auf dem hiesigen Anhalter Bahnhof eingetroffen.

ngo. Am Freitag abend findet bei dem Staatsminister Dr. Delbrück ein größeres parlamentarisches Diner statt.

* Handelsminister Sydow vollendet am 14. d. Mts. das 60. Lebensjahr.

* Der Militärattaché bei der russischen Botschaft in Berlin Generalmajor v. Michelson ist zum Brigadekommandeur ernannt worden.